Nr. 274 — Jahrgang 16 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 27. November 1930

Volkswille

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Neuwahl des Staatspräsidenten

Moscicki will zurücktreten — Die gespannte Lage im Land — Neuwahl des Staatspräsidenten eine Vertrauensfrage — Nachgeben des Pilsudskilagers

Warschau. Der gestrige „Robotnik" bringt die Meldung, daß der Staatspräsident die Absicht bekundet haben sollte, sein Amt niederzulegen, um von der Nationalversammlung wieder gewählt zu werden. Der Staatspräsident trug sich bereits mit dem Gedanken herum, aus Familienrücksichten das Amt niederzulegen. Marschall Pilsudski hat ihn jedoch dahin beeinflußt und dabei auf die allgemeine Lage im Staate hingewiesen. Der Staatspräsident hat diese Argumente gewürdigt, soll aber entschlossen sein, das Vertrauen durch eine neuerliche Wahl zu erwirken. Marschall Pilsudski sollte diese Bedingungen nach dem Ausgang der Sejm- und Senatswahlen anerkannt haben.



Staatspräsident Moscicki

Das Urteil gegen Zerbe bestätigt

Warschau. Die Strafkammer in Lodz bestätigte am Montag die Verurteilung des früheren Abgeordneten unserer Partei, Genossen Zerbe, zu sechs Monaten Gefängnis wegen Beleidigung der Polizei im Dienste.

Wer wird Sejm- und Senatsmarschall?

Warschau. Bekanntlich wurde die 1. Sejmsitzung für den 9. Dezember festgesetzt. Sie wird vom Alterspräsidenten Jakob Bojko eröffnet, der bereits das 73. Lebensjahr überschritten hat und der älteste Sejmabgeordnete im Warschauer Sejm ist. Die erste Senatssitzung wird von dem ältesten Senator Boleslaw Limanowski eröffnet, der das 95. Lebensjahr überschritten hat.

Die polnische Presse meldet weiter, daß zum Sejmmarschall der Marschall Pilsudski gewählt werden soll, doch ist das davon abhängig, ob der Marschall sein Sejmmandat behalten wird. Wird er es behalten, dann besteht die Absicht, ihn zum Sejmmarschall zu wählen, ob wohl man weiß, daß er das Amt nicht annehmen wird. Die Wahl Pilsudskis wird einen Manifestationscharakter tragen und lediglich darauf kommt es hier an.

Zum Senatsmarschall soll der Wojewode in Wilna, Raczkiewicz, gewählt werden. Außerdem werden noch die Namen des gewesenen Ministerpräsidenten Switalski und des gegenwärtigen Justizministers Car genannt.

Brünings letztes Mittel: § 48

Rücktritt des Justizministers Bredt — Die Wirtschaftspartei läßt Brüning fallen

Berlin. In politischen Kreisen ist, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, die Frage nun erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Gesetze verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung habe durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen und als Ergebnis dieser Auslegung steht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Gesetzen in der Lage sei, den Artikel 48 anzuwenden.



Reichsjustizminister Dr. Bredt

Wirtschaftspartei gegen Kabinett Brüning

Berlin. Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat im Einvernehmen mit dem Reichsjustizminister Dr. Bredt heute einstimmig folgenden Entschluß gefaßt: „Bereits am 26. September 1930 hat der Reichsausschuß beschlossen, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reiche beteiligt, auf welche die Sozialdemokratie mittelbar oder unmittelbar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit beweisen aber, daß die Reichsregierung Brünings ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe jeder wichtigen Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht. Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diese Weise die großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirtschaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab."

Rücktritt des Reichsjustizministers Dr. Bredt

Berlin. In den Mittagstunden begab sich der Vorsitzende der Wirtschaftspartei Abg. Drewitz zum Reichskanzler, um ihn von dem Beschluß des Reichsausschusses Kenntnis zu geben. Reichsjustizminister Dr. Bredt, der gegenwärtig in Marburg weilt und erkrankt ist, hat — wie verlautet — dem Reichskanzler bereits sein Rücktrittsgesuch übermittelt.

Rüstungsfieber

Sozialistische Warnungen.

Paris. Die Kammer hat die Aussprache über die Zusatzkredite für die nationale Verteidigung im Budgetjahr 1930/31 begonnen. Es handelt sich um einen Betrag von rund 1 Milliarde Franken.

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel behauptete, daß man diese Kredite deshalb anfordere, weil gewisse Munitionsbestände für die Feldzüge in Marokko und Syrien verbraucht worden seien. Die Vorlage sei nur ein Teil eines viel weitergehenden Programms, das nicht eine, sondern 10 Milliarden erfordern werde. Man denke anscheinend auch an die Heraufsetzung der Dienstzeit auf 18 Monate oder zwei Jahre. Der Kriegshaushalt nehme einen gewaltigen Umfang an. Der Redner wandte sich auch gegen den — wie er sagte — Wahnsinn, eine Flotte bauen zu wollen, die denen der drei großen Seemächte Widerpart halten könnte.

Ausklang

Die schlesischen Wahlen werden nicht sobald aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, dafür haben unsere Patrioten reichlich gesorgt. Die Vorgänge während und vor den Wahlen werden wieder einmal internationale Instanzen beschäftigen müssen, nachdem es den verantwortlichen Leitern der Wojewodschaftspolitik nicht gelungen ist, die Sicherheit in dem Maße zu gewährleisten, wie es im Interesse ordnungsgemäßer Wahlen notwendig war. Man wird auch noch auf die Lösung verschiedener Rätsel drängen müssen, wie es möglich war, daß etwa 60 000 Stimmen ungültig erklärt wurden und wie es möglich war, daß den gesetzlichen Vorschriften bei der Wahlhandlung nicht Genüge getan wurde. Fragen, die man stellen muß, besonders dann, wenn die angeblichen „Sieger" das alles als einen Erfolg des Sanierungslagers loben und diese traurigen „Erfolge" als die „Krone des Triumphs" hinstellen. Diese Tatsache allein gibt zu denken und man hat schon am Montag feststellen können, daß der ganze Wahlakt das Sanacjalager deshalb befriedigt hat, weil man einmal den überwältigenden „Sieg" des polnischen Lagers teilen konnte. Ueberraschen muß mit einem Male die Tatsache, daß nach dem Wahlausgang selbst die „Polska Zachodnia" feststellen mußte, daß endlich durch den überwältigenden Stimmenzuwachs bei der Korfantygruppe, Korfanty und seine Leute Polen seien, was man noch ein paar Tage vorher auf das entschiedenste bestritt und Korfanty einen fremden Agenten nannte, der darauf hinausarbeite, Polen vor dem Ausland zu schädigen und überhaupt nur das fremde Interesse in Oberschlesien wahrnehme. Nach dem Sanacjaerfolg, der in Wirklichkeit eine Niederlage des Regierungslagers ist, muß diese Feststellung etwas bedenklich stimmen und wir werden ja sehen, welche Entwicklung die Dinge nehmen. Denn es ist bezeichnend, daß seitens der Sanacja Korfanty erst sein Polentum nach dem Wahlausgang bestätigt wird, während doch die reale Wirklichkeit darlegt, daß die Herren aus dem Sanacjalager sich überhaupt erst „polnisch-politisch" bestätigen können, nachdem ihnen Korfanty diesen oberschlesischen Boden erkämpft hat. So mancher der Sanacjajünglinge erhebt seine Dreckschleuder, um gegen Personen zu kämpfen, die in Oberschlesien politisch wirkten, als sie selbst noch die Schulbank drückten oder gar in den Windeln lagen.

Nach der ungeheuren Katastrophe des Weltkrieges sind solche Begriffsverwirrungen schon möglich und sie werden noch interessanter, wenn der Schlesische Sejm zusammentritt. Auch hier bereiten gewisse Herren einen überwältigenden „polnischen" Sieg vor, doch scheinen sie die Rechnung ohne dem Wirt gemacht zu haben. Man möchte gern den Deutschen den Wojewodschaftsrat nehmen, was durch eine geschlossene polnische Front möglich wäre. Da sind die Herren sogar geneigt, an die Sozialisten Konzessionen zu machen, denen man noch vor einem Tage bestätigt hat, daß sie aus der Geschichte der oberschlesischen Politik ausgeschlossen sind, weil sie eben eine katastrophale Niederlage erlitten haben. Es kommt dem Sanierungslager doch nur darauf an, sich als Helden der Vernichtung der Deutschen und des Deutschtums zu betrachten und zu diesem Erfolg ist ihnen jeder Weg recht und jedes Mittel erlaubt. Ob dies auch dem Wohle des polnischen Staates entspricht, darüber macht man sich ja weniger Sorgen, und es ist ja wohl auch den Herrschaften höchst gleichgültig, ob ein offizieller Vertreter der Wojewodschaft sich ob der „Heldenleistungen" auf patriotischem Gebiet bei der deutschen Vertretung entschuldigen muß. Und was an Verhetzung in diesem Wahlgang gegen das Deutschtum geleistet wurde und an Austreuung von Haß gegen eigene Volksgenossen, das findet seinen Rückschlag in den bedauerlichen Vorkommnissen in Friedenshütte, Neudorf, Brzesie und Golassowitz. Aus diesen traurigen Vorkommnissen aber will eine gewisse Sorte von „Patrioten" noch Kapital zur weiteren Verhetzung schlagen, wie wir dies aus den tendenziösen Berichten der „Polska Zachodnia" täglich ersehen können. Wenn man uns sagt, daß man diese Verhetzung nicht von heut auf morgen einstellen kann, so zweifeln wir an diesen Aussprüchen, denn jedes Kind in Oberschlesien weiß, daß es nur einer Handbewegung von amtlichen Stellen bedarf und dieser ganze Spuk patriotischer Siedehitze erhält einen Kältegrad, wie er im Interesse des polnischen Staates und des Rufes der Wojewodschaft selbst dringend notwendig ist.

Wir haben hier keine Illusionspolitik getrieben und haben der Verständigung immer das Wort geredet. Wir sind auch heute noch der gleichen Ueberzeugung, daß, wenn einmal den Patrioten gewisse öffentliche Unterstützung ver-

sagt werden würde, auch die nationalistische Begeisterung bald abebben möchte. Aber wir sehen in diesem Entwicklungsgang, daß das Streben auf ein Ziel gerichtet ist, auf die Nivellierung der deutschen Bürger, sie sollen verschwinden, man will der Welt zeigen, daß auch dieses Stück Erde reiner polnischer Boden ist. Die einen wollen diese Politik mit weniger Druck, aber doch sicherer durchführen, die anderen machen keinen Hehl daraus, daß es rascher gehen muß und sind in der Wahl der Mittel nicht gerade sehr ausnehmend. Wir müssen auf diese Dinge zurückkommen, weil sie auch uns als deutsche Sozialisten treffen und die Vorgänge während der Wahlen und nach den Wahlen legen hierfür genügend Beispiele ab. Wie ist es möglich, daß das Deutschtum von etwa 205 000 Stimmen auf etwa 95 000 Stimmen zurückgegangen ist? Wir selbst haben als Partei innerhalb einer Woche gegen 8000 Stimmen von einer Wahl zur anderen verloren und nicht besser ging es der P. P. S. und den Kommunisten, die durchschnittlich 50 Prozent ihrer Stimmen verlieren und ähnlich ergeht es der Deutschen Wahlgemeinschaft. Wenn man dies als einen Stimmungsumschwung gegen die Parteien auslegen will, so muß man von allen gesunden Sinnen verlassen sein. Es ist eben auf eigene Art nachgeholfen worden und das ist das Entscheidende, daß man diese Wahlen vom Gesichtspunkte der Opposition als solche nicht anerkennen kann, selbst, wenn Korfanty einen überwältigenden Erfolg gegenüber dem Sanacjalager davongetragen hat und ihm nun in Ehren das Wort Pole, gnädig gewährt wird. Man könnte den ungeheuren Stimmenumschwung wohl nach einer bestimmten Parlamentsperiode erwarten, wo die Bevölkerung sich ein Urteil über die Erscheinungen bilden kann, aber in wenigen Wochen oder Monaten diese „patriotische Leistung“, das muß bedenklich stimmen.

Wer sich von Erscheinungen im nationalistischen Lager nicht überraschen läßt, der wird zugeben, daß die deutsche Katastrophe, wenn man die Stimmenverluste der deutschen Wähler betrachtet, erklärlich sind, wenn man erstens die Streichungen aus den Wählerlisten erwägt und fernerhin die Tatsache, daß im Kreise Pleß-Rybnik und zum Teil auch in Bielitz die Wahlparole der Parteileitung der Deutschen Wahlgemeinschaft direkt widerlich war. Man wußte von Stunde zu Stunde nicht, wie man sich den Wünschen der Wähler anpassen soll. Nur ein ganz geringer Prozentsatz der Wähler hat sich entschlossen, ihre Stimmen der Deutschen Sozialistischen Partei zu geben, während auf dem Lande, allerdings unter dem Druck der Umstände, viele deutsche Wähler für die Liste 1 und auch für Korfanty gestimmt haben. Wäre die Parole der Deutschen Wahlgemeinschaft klar, es hätte ohne Uebertreibung ein weiteres deutsches sozialistisches Mandat gerettet werden können. Wir schreiben dies nicht, um uns in einer Polemik an der Deutschen Wahlgemeinschaft zu reiben, Geschlossenheit des Deutschtums ist im Augenblick eine viel dringendere Aufgabe, als parteipolitische Erwägungen. Aber es wäre auch falsch, diese Tatsachen einer verfehlten Politik zu verschweigen. Wir haben hier bald am Montag den deutschen Wählern von größerem politischen Horizont unsere Anerkennung ausgesprochen und wir erwähnen dies auch heute. Denn der deutschen Fraktion im dritten Schlesischen Sejm kommt eine besondere Bedeutung zu und wir fürchten, daß sie auch hier ihre Mission vollkommen verkennen wird, wenn sie sich halb hier, halb da bewegt und nicht mit aller Deutlichkeit sagt, was sie will. Die Sanacjaleute pfeifen auf die Loyalitätserklärungen der Deutschen, sie wollen sie verschwinden lassen, das ist das klare Ziel des Westmarkenvereins und auch des Aufständischenverbandes. Hieraus eine Lehre zu ziehen, daß ist Aufgabe der kommenden Wochen.

Wir Sozialisten sind nach Meinung der Sanacja ausgelöscht. Zu unserer Verteidigung sagen wir kein Wort weiter, darüber soll später ausführlich gesprochen werden. Wir können nur hier den Parteigenossen und unseren Lesern versichern, daß der Sozialismus noch dann triumphieren wird, wenn von der moralischen Sanierung nur noch historische Reminiszenzen im Umlauf sein werden. Wir können aus der Niederlage höchstens lernen, aber aus der Geschichte wird man die Arbeiterklasse ebensowenig ausrotten, wie die sozialistische Bewegung, die miteinander verbunden sind. —ll.

Rußland und Italien

Faschistisch-kommunistische Freundschaft — Grandi kommt nach Moskau

Rom. Die politische Auslegung, die gewisse Pariser und Genfer Kreise der Unterredung Litwinows mit Grandi gegeben haben, kann auf Grund ergänzender Auskünfte seitens der zuständigen Römer Stellen auf das gebührende Maß zurückgeführt werden. Die Unterredung der beiden Außenminister mag zwar alle möglichen Fragen berührt haben, im Mittelpunkt aber haben ausschließlich wirtschaftliche Fragen gestanden. Es wäre zum Beispiel denkbar, daß man den italienisch-russischen Vertrag vom August d. Js. zur Förderung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen nach den ersten Probemonaten nun zu erweitern beabsichtigt. Ohne Zweifel ist auch die Frage der russischen Getreideausfuhr und der Belieferung Italiens mit russischen Rohstoffen berührt worden. Das dem italienischen Außenministerium nahestehende „Giornale d'Italia“ begrüßt die Unterredung zwischen Grandi und Litwinow als einen „Faktor der internationalen Klärung“. Die Regierungsform sei eine innere Angelegenheit eines jeden Staates. Rußland habe aber eine internationale Bedeutung, von der man sich Rechenschaft ablegen müsse. Eine Zusammenarbeit mit Rußland könne im nationalen und im internationalen Interesse nützlich oder notwendig sein. Die Grundsätze der italienisch-russischen Zusammenarbeit seien aber natürlich durch die gegenwärtige Wirtschaftslage beider Länder gegeben. Rußland sei eines der wichtigsten Rohstoffländer und seine Rohstoffe würden im Schwarzen Meer von keiner anderen Macht blockiert. (Anspielung auf die Blockademöglichkeit am Suezkanal und Gibraltar. Die Redaktion.) Es sei also selbstverständlich, daß die italienische Wirtschaft eine enge Zusammenarbeit mit Rußland anstrebe, da die italienische Wirtschaft trotz des gewonnenen Krieges und infolge des letzten Friedens von allen bedeutenden Rohstoffgebieten getrennt worden sei, im Gegensatz zu den Industrieen der anderen Siegerstaaten.

Vor einem Besuch Grandis in Moskau

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der italienische Außenminister Grandi Anfang des nächsten Jahres nach Moskau reisen, um mit der Sowjetregierung persönlich zu verhandeln. Dieser Besuch Grandis soll bei der Unterredung mit Litwinow in Mailand besprochen worden sein.

Völkerbundstagung wegen Oberschlesien

Ein Antrag der Reichsregierung nach Genf — Die Forderung der englischen Presse

Berlin. Der deutsche Generalkonsul in Kattowitz, der mit den Nachforschungen in Ostoberschlesien beauftragt worden war, ist in Berlin eingetroffen und hat dem Auswärtigen Amt Bericht erstattet.

Das Material über die polnischen Vorgehen ist so umfangreich und schwerwiegend, daß es für die Reichsregierung nunmehr möglich ist, gemäß Artikel 72 des Genfer Abkommens die notwendigen Schritte bei dem Völkerbund zu ergreifen. Es steht fest, daß die Reichsregierung in Anbetracht der gespannten Verhältnisse an der deutsch-polnischen Grenze in Oberschlesien die Einberufung einer Tagung des Völkerbundsrates beantragen wird.

Der „Manchester Guardian“ fordert englische Schritte beim Völkerbund

London. Der „Manchester Guardian“ verlangt ein Einschreiten Englands beim Völkerbund zugunsten der Minderheiten in Polen. Es sei erfreulich, daß die englische Regierung ihren Botschafter in Warschau zu einem eingehenden Bericht über die Lage in der Ukraine aufgefordert habe. Hoffentlich werde Henderson bald die notwendigen Schritte ergreifen, um die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Vorgänge in der Ukraine und auch in Ostoberschlesien zu lenken. England sei nicht unmittelbar interessiert, so daß seine Intervention die gewünschten Ergebnisse bringen könne. Es befände sich in einer etwas anderen Lage, als die deutsche Regierung, die pflichtgemäß die deutsche Minderheit schützen müsse. Es sei wirklich hohe Zeit, daß der Völkerbund ein lebhafteres Interesse für das vollständige Versagen der Minderheitenverträge zeige.

Nicht gegen Sowjetrußland

Hoover über die Zollbestimmungen und das Einwanderungsgesetz.

Neuyork. Im Anschluß an die Veröffentlichung der neuen Ausführungsbestimmungen zum Zollgesetz erklärte Präsident Hoover in der Pressekonferenz am Dienstag, daß sich die neuen Maßnahmen keineswegs gegen Sowjetrußland richteten, sondern alle Länder angingen. Der Präsident unterstrich, daß die Vereinigten Staaten am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion stark interessiert seien.

Ferner setzte sich Präsident Hoover zugunsten einer Aenderung des Einwanderungsgesetzes im Sinne einer stärkeren Betonung des Auswahlgrundsatzes ein. Der Präsident teilte mit, daß im nächsten Oktober statt 24 000 nur noch weniger als 6000 Einwanderer zugelassen werden würden.



Major Franco aus dem Gefängnis entflohen

Der spanische Ozeanflieger Major Franco, der wegen Veröffentlichung mehrerer kritischer Zeitungsartikel über die Mißwirtschaft im spanischen Fliegerwesen zu acht Monaten Militärarrest verurteilt war, ist mit einem Kameraden aus dem Militärgefängnis von Madrid entflohen. Die spanische Regierung ist über diese Flucht um so beunruhigter, als bekannt ist, daß Major Franco an der Spitze der revolutionär gesonnenen Fliegeroffiziere steht.

Boston

Roman von Upton Sinclair

175)

Eine unglückliche Situation für die beiden Anwälte Thompson und Ehrmann, die Sacco und Vanzetti in den letzten Stadien des Prozesses vertraten. Sie hatten mit der Verhandlung in Dedham nichts zu tun gehabt, und falls tatsächlich Zeugenaussagen „zurechtgemacht“ worden waren, wußten sie davon nichts. Sie verfügten ferner über keinerlei Informationen in der Sache Bosco und Guadagni und waren hilflos. „Können nicht vielleicht zwei Bankette stattgefunden haben?“ meinte Thompson; aber Lowell schob diesen albernen Wink mit einer eigentümlichen, kleinen, für den Mann charakteristischen Geste — einer Reihe rascher Handbewegungen — beiseite. „Störe nicht das Wirken dieses mächtigen Gehirns,“ schien seine Geste zu sagen. Laut erwiderte er: „Nein, nein, nein, unmöglich. Ich habe die Sache nachgeprüft.“ Der Anwalt in seiner Verzweiflung wandte sich gegen seine eigenen Zeugen, sagte, Mr. Lowell sei ein Mann von Ehre, und die Zeugen sollten die volle Wahrheit gestehen.

Eine kitzliche Situation für zwei bescheidene Ausländer, die sich mühsam ihr bißchen Bildung erworben hatten, — wie sie nun hier in dem majestätischen Regierungssaal unter der goldenen Kuppel standen! „Wenn is nikt verrückt sein,“ sagte Guadagni, „waren Bankett an fünfsichnte April. Wenn is nikt sag'n Wahr'eit, is gehn in Gefängnis.“ Er behauptete, daß er den Zeitungsbericht herbeischaffen würde, und Lowell entließ ihn mit einer verächtlichen Handbewegung; diese Wops sind alle gleich, alle durch und durch verlogen. „Gut,“ sagte er. „Bringen Sie uns morgen früh den Bericht, wenn Sie ihn finden.“ Und niedergeschlagen entfernten sich die beiden.

7.

Aber früh am nächsten Morgen erschienen sie in der Kanzlei William G. Thompsons, wankend unter der Last eines riesigen Folianten, des gebundenen Jahrgangs 1920 von Guadagnis Tageszeitung „La Notizia“. Sie legten ihn auf den Schreibtisch des Anwalts, schlugen die Ausgabe vom 16. April auf und übersetzten Wort für Wort einen halbspaltigen Bericht über das Bankett zu Ehren Williams', das am Vortage stattgefunden habe. Das Diner war sehr bescheiden gewesen, und der Bericht sagte: „Es wird noch ein zweites, formelleres Diner stattfinden.“ Den beiden Anwälten, die vollkommen verzweifelt gewesen waren, war nun plötzlich zumute wie Schuljungen. „Damit sind die zwei gerettet!“ rief Thompson.

Die beiden Italiener schleppten, unterstützt von Gardner Jackson, den riesigen Folianten in das Regierungsgebäude mit seiner goldenen Kuppel und saßen den ganzen Vormittag vor den dichtverschlossenen weißen Türen. Es war gerade die zweistündige Sitzung mit Tutsie Tudels; sie hörten sich die Komödie mit an und teilten die Heiterkeit der Zeitungsreporter. Als Tutsie schreiend hinausstürzte, wurden sie hineingeführt, der Foliant wurde auf dem grünen Tische ausgebreitet, und Guadagni machte sich erbötig, die Stelle für Lowell zu übersetzen, — damit hatte er offenbar den Rektor der Harvard Universität gekränkt, der ihm mitteilte, daß er Italienisch fließend lese. Es herrschte ein langes Schweigen, während die drei Gentlemen mehr oder weniger geläufig den Bericht lasen. Schließlich blickte der Rektor der Harvard Universität auf und schüttelte den beiden Italienern die Hände. „Meine Herren, ich habe mich, wie ich sehe, in einem Irrtum befunden. Ich bitte Sie um Verzeihung.“

Eine packende Szene: der größte Mann von Massachusetts und damit auch der ganzen Welt entschuldigt sich bei zwei Wops! Was können zwei Wops mehr verlangen? Oder zwei Anwälte? Thompson beantragte, die Kommission sollte offiziell protokollieren, daß das Alibi bestätigt sei. Ein Versuch, aus diesem Zwischenfall etwas für Sacco und Vanzetti herauszuholen! Aber das große akademische Gehirn durchschaute die List. Das würde schon noch geschehen; das sei eine Sache, die man sich überlegen müsse. Lowell ging so weit, daß er sagte, er würde dem Gouverneur über den beigebrachten Beweis genauen Bericht erstatten. Im übrigen aber: nichts in die Oeffentlichkeit tragen! Wieder ein kleines rasches Geflatter der gebieterischen rechten Hand. Er erinnerte strengen Tones an die Verpflichtung, nichts von alledem zu berichten, was in diesen Sitzungen vorgegangen war.

Schweigen! Nie bis ans Ende der Zeiten darf die Bevölkerung erfahren, daß der Universitätsrektor der Blaublütler gedemütigt worden ist!

Einige Zeit später erhielt die Verteidigung ihr Exemplar des stenographischen Verhandlungsprotokolls, und sie fanden dort zweiunddreißig Seiten über den Versuch Mr. Lowells, die Aussagen Boscos und Guadagnis zu entkräften, aber nicht eine einzige Zeile über die Entschuldigung, zu der er gezwungen worden war! Keinerlei Hinweis auf den Dialog, der stattgefunden hatte, keinerlei Hinweis auf das Argument der Verteidiger! In einer kleinen eingeschobenen Bemerkung wurde darauf hingewiesen, daß Bosco und Guadagni den betreffenden Jahrgang der „Notizia“ mitgebracht hatten, aber nicht mit einem Wort wurde erwähnt, daß damit die Gültigkeit des Alibis wiederhergestellt war!

So bestätigte sich also Joe Randalls Behauptung gegenüber Cornelia Thornwell: „Dein Mr. Lowell ist ein anderer Web Thayer!“ Seine Prophezeiung erfüllte sich, daß der hochmütigste und moralischste Gentleman unter den Blaublütlern genau so wie der vulgäre Web Thayer das „Protokoll frisieren“ werde!

8.

In der Zwischenzeit den ganzen heißen Juli hindurch, setzte Gouverneur Fuller in seinem Büro unter demselben Dache die Vernehmungen fort. „Ich fühle mich verpflichtet, jeden anzuhören, den man mir schickt,“ erklärte er; und mehrmals in der Woche kam er von seinem Landhaus in die Stadt gefahren, eskortiert von zwei Polizeiautos. Ein Zeuge nach dem anderen verließ das Zimmer des Gouverneurs und ging stumm an den Reportern vorbei, — ein Regime strenger Heimlichkeit, gemildert durch die Gerüchte, die von einem zum anderen getragen wurden. Wenn der Zeuge bereits in einer früheren Verhandlung ausgesagt hatte, schlugen die Reporter das Protokoll nach und behaupteten, der Zeuge habe dem Gouverneur dasselbe erzählt wie damals. Wenn der Zeuge irgend etwas Neues sagte, das für Sacco oder für Vanzetti belastend war, erfuhren es die Reporter hinten herum. Wenn nicht, dann schrieben sie von einem „geheimnisvollen Zeugen“.

Von Tag zu Tag steigerte sich die Ungeduld des Gouverneurs, und von der vorgeblichen Unparteilichkeit war immer weniger zu merken. Wohlerzogene Damen, die der Verhandlung in Dedham beigewohnt hatten, sahen sich zu ihrem peinlichen Erstaunen einem Manne gegenüber, der deutlich zu verstehen gab, daß er sie für Lügnerinnen halte. Zeugen, die über etwas ganz Bestimmtes aussagen sollten, wurden nach etwas anderem gefragt und standen dann beschämt da, weil sie die Frage nicht beantworten konnten. Robert Benchley, Redakteur des „Life“, kam aus Neuyork, um über die Schimpfreden Richter Thayers im Golf-Club von Worcester auszusagen. Zu seiner Ueberraschung wurde er aufgefordert, auch nur eine einzige Stelle in dem ganzen Protokoll zu nennen, aus der hervorgehe, daß das Verfahren nicht unparteiisch gewesen sei. Da Benchley das Protokoll nie gesehen hatte, war er „verdattert“ wie alle, die mit dem Gouverneur sprachen. Aber er befolgte den Rat des Gouverneurs und studierte das Protokoll; und dann nahm er sich die Mühe, einen Brief an den Gouverneur zu schreiben und auf zahlreiche Stellen hinzuweisen, die das Verfahren parteiisch erscheinen ließen. Wie alle, die so handelten, erhielt auch er keine Antwort. (Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Bauern wählen

In der kleinen Dorfgemeinde Paramonowki in Wolhynien kamen die Bauern in die Kirche. Sie haben sich zahlreich eingefunden und die Kirche war auch bombenvoll gewesen, denn der Tag war schön. Die Mutter Sonne stand hoch am Himmel und ihre Strahlen waren mild. Die Kirche war so voll, daß die Bauern nicht niederknien konnten. Viele standen draußen vor der Kirche und konnten nicht mehr hinein. Plötzlich kam Bewegung in die Masse. Man sah auf der Landstraße aus der Richtung Iwanowice eine Staubwolke. Die Gesichter wurden finster, denn man ahnte nichts Gutes. Die Befürchtungen waren unbegründet, denn es war keine „Pazifikation", die man dort befürchtete. Kinder kamen angelaufen und brachten die Meldung, daß eine Musikkapelle im Anzuge sei, zwar eine Militärkapelle, aber ohne Militär. Bald erschien auch die Kapelle vor der Kirche und stellte sich zum Spielen bereit. Inzwischen wurde der Gottesdienst beendet und die Bauern kamen langsam aus der Kirche heraus. Die Musikkapelle setzte ein und während sie spielte, kam ein Personenauto vor die Kirche vorgefahren, dem ein Herr und zwei Polizeibeamte entstiegen.

Der Herr postierte sich auf dem Trittbrett des Autos und fing an zu reden. Die Bauern horchten auf und sie vernahmen die Worte, daß es seit 1926 in Polen immer besser wird. Vor dem Maiumsturz war es schlecht gewesen, und heute besteht auch noch die Gefahr, wenn die „Partyjniki" siegen sollten. Gott bewahre uns vor den „Partyjniki". Die heutige Regierung denkt immer nur an die Bauern. Sie will, daß es dem Bauer wohl ergehe, daß er auch eine Henne essen kann. Deshalb müssen die Bauern und ihre Weiber (an dieser Stelle hörte man Weiber schluchzen) der Regierung helfen und sie müssen heute geschlossen für die „1" stimmen gehen. Wer noch nicht die „1" hat, der kann sie unentgeltlich von dem Polizeibeamten erhalten. Unsere Verfassung — sprach der Redner weiter — erlaubt jedem eine Nummer zu wählen, die ihm gefällt. Aber ich kann das niemandem empfehlen und raten. Denkt daran, daß die Verfassung schlecht ist und geändert werden muß. Die Regierung ist stark, und im Dorfe war immer ein Polizeiposten und wird auch bleiben. Die Weiber schluchzten wieder. Dann wurde es plötzlich still.

Aus der Bauernmasse trat ein Bauer hervor. Er zog die Schafspelzmütze vom Kopfe, strich sein zerzaustes Haar zurecht, verbeugte sich tief vor dem Redner, den die Bauern als einen Starosteibeamten kannten und sagte: Herr Vertreter! Wir Bauern aus Paramonowki sind für die Obrigkeit, und hauptsächlich nach der letzten „Pazifikation", bitten wir um die Gnade. Wir bitten die Obrigkeit, daß sie uns eine andere Nummer gibt. Die „1", man kann nicht sagen, daß sie schlecht wäre, aber sie ist für die Bauern zu zart. Sie ist nicht die Nummer für den Bauer, denn sie ist eine herrschaftliche Nummer, mehr für die Kinder. Gawryluk, welcher Zeitungen liest, wird es bestätigen. Er hat gelesen, daß die „1" Bebe (schäme dich) ist und das bedeutet im „Fremdwort" für die Kinder. Wir sind erwachsene Bauern und müssen auch eine stärkere, mehr massive Nummer haben. So ergreift einen direkt Angst, daß man sie in der Hand zerquetscht und die Stimme wird hin sein. Erbarmt euch unser und gebt uns eine andere Nummer, denn was soll der erwachsene Bauer mit der „1". Das wäre eine Fliege für den Hund und wir würden uns lächerlich machen. Die Bauern aus Iwanowice würden uns auslachen. Erbarmt euch, Herr Vertreter, seid unser Vater und Ernährer. Laßt nicht zu, daß wir uns lächerlich machen. Erbarmt euch — sagte der Bauer Fiador und alle Bauern wiederholten es — und hoben die Hände.

„Seid ihr verrückt oder was", brüllte der Herr Vertreter. „Was ist euch in den Kopf gestiegen. Alle Nummern sind gleich." — „Erbarmt euch," wiederholten die Bauern, „und gebt uns eine andere Nummer. Vielleicht die „7" oder eine andere Nummer, aber nicht die „1".

Daraufhin gab der Vertreter den Polizeibeamten ein Zeichen. Diese ordneten die Bauern in einen Zug und drückten allen die „1" in die Hand. Die Musikkapelle setzte mit einem Marsch ein und es ging unter Musikklängen zum Wahllokal. Den nächsten Tag konnte das Sanacjaorgan der Kreisstadt berichten, daß alle Bauern aus Paramonowki im geschlossenen Zuge, mit einer Musikkapelle an der Spitze, begeistert öffentlich für die Sanacja gestimmt haben.

Wenn Du ein Deutscher bist!

Der Vater des Genossen Pielorz als Fördermaschinist disqualifiziert.

Nach dem Dafürhalten gewisser „Patrioten" erfreuen sich die Deutschen in der Wojewodschaft voller Gleichberechtigung und nur eine „hakatistische" Propaganda versucht darzulegen, daß sie „bedrängt" werden. Wir haben hier den Fall des Genossen Pielorz aus Murcki ausführlich geschildert und können ergänzend nur berichten, daß bei der Kattowitzer Staatsanwaltschaft über diesen Fall am Dienstag seitens der Polizei in Murcki noch kein Bericht vorlag, so daß der Verteidiger in dieser Angelegenheit noch nichts unternehmen konnte.

Inzwischen ist eine neue Komplizierung des Falles der Familie Pielorz eingetreten. Bekanntlich ist ein Bruder des Pielorz, weil er Mitglied des Arbeitergesangvereins ist, verhaftet, aber ohne Angabe näherer Gründe, wieder entlassen worden. Welche Ursachen dazu führen, daß man auch den Vater in die Angelegenheit hineinzieht, darüber wollen wir uns des Urteils enthalten.

Seit 25 Jahren ist der Vater des Genossen Pielorz, Albert Pielorz, Fördermaschinist auf der Emanuelssegengrube, ohne daß ihm etwas nachgesagt werden kann, er hat bis auf den heutigen Tag noch nicht irgend einen Betriebsunfall während seiner Tätigkeit als Maschinist gehabt. Am Sonnabend wurde ihm nur mitgeteilt, daß ihm die Qualifikation als Fördermaschinist entzogen ist und zwar auf Anordnung des „Einfahrers", der obendrein die Forderung stellte, daß dies im Zechenhaus bekanntgegeben werden sollte. Die Sache wäre an sich in Ordnung, wenn die Bergbehörde wenigstens die Ursachen dieser Qualifikationsentziehung dem Pielorz schriftlich mitgeteilt hätte. Aber keine Rede davon, er ist nach 25jähriger anerkannter Tätigkeit wie ein Lausbub seines Postens enthoben worden.

Der Sanacjasieg im Spiegel der Zahlen

60 850 ungültige Oppositionsstimmen zum Schlesischen Sejm — 5415 Wahlreklamationen im Kreise Kattowitz — Verdrehungen der Sanacjapresse — Das 20. Mandat in Sicht — Die „Strafexpeditionen"

Von 10 auf 19 Sejmmandate zum Schlesischen Sejm ist die Sanacja hinaufgerückt und das alles innerhalb von 6 Monaten. Sie hat noch auf das 20. Mandat Appetit bekommen und die „Polska Zachodnia" teilt mit, daß sie wahrscheinlich das 20. Mandat bekommen wird. Es wird dort noch „gezählt" und was bei einer solchen Zählerei herauskommen kann, das haben wir in Kongreßpolen nach den Sejmwahlen zum Warschauer Sejm gesehen. Man nahm dem Einen weg und gab dem Anderen und es braucht gar nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß der „Eine" die Opposition und der „Andere" die Sanacja war. „Zählen" kann man bei uns nicht schlecht und noch dazu jetzt, zur Zeit des Sanacjaregimes.

Von 10 auf 19 Mandate in 6 Monaten, das ist jedenfalls ein großer Sieg und wie dieser „Sieg" erzielt wurde, das haben wir schon wiederholt gesagt. Für die „Wahlstimmung" haben die Aufständischen gesorgt, und der Westmarkenverband hat tüchtig nachgeholfen. Im Wahlkreise Kattowitz wurden „nur" 5415 Wahlreklamationen gegen die angeblichen „Optanten" eingebracht. Es sind das lauter Deutsche Arbeiter und Geschäftstreibende gewesen. Wieviel Reklamationen im Wahlkreise Schwientochlowitz eingebracht wurden, das entzieht sich unserer Kenntnis, dürfte aber auch so viel sein, wie im Wahlkreise Kattowitz. Diese Zahl bedeutet ein verlorenes Sejmmandat, denn es sind rund 11 000 Stimmen, die den Deutschen geschnappt wurden. Alle deutschen Sozialisten, die man im Orte gekannt hat, hauptsächlich die Gemeindevertreter und Kandidaten zu den Gemeindevertretungen und Betriebsräten erhielten die Nachricht von den Wahlkommissionen, daß sie die polnische Staatszugehörigkeit nicht besitzen.

Der zweite Schlag der gegen die gesamte Opposition geführt wurde, das war die Festsetzung des Wahltermins zum Schlesischen Sejm und Senat für denselben Tag. Der Sanacja hat das nicht geschadet, denn sie hatte dieselbe Wahlnummer zum Schlesischen Sejm und zum Warschauer Senat. Alle Oppositionsparteien, Deutsche und Polen, hatten andere Nummern zum Senat und andere zum Schlesischen Sejm gehabt. Wohl sind unsere Wähler keine Analphabeten und die Wahlen sind geheim und demnach kamen unglaublich viel Irrtümer vor. Stimmzettel, die für die Senatswahlen bestimmt waren, kamen in die Wahlurne zum Schlesischen Sejm und umgekehrt. Das kam dadurch, daß auf die Wähler ein großer Druck ausgeübt wurde. Als der Wähler das Wahllokal betreten hatte und dort die uniformierten Aufständischen sah, die selbst die Wahlzellen besetzt haben, verlor er die Fassung und steckte den Stimmzettel in den falschen Wahlumschlag ein. Die Stimme wurde dadurch ungültig. Zum Senat waren in der Wojewodschaft 454 392 wahlberechtigte Personen. Abgestimmt haben 409 435 Wähler. Ungültige Stimmen wurden 48 837 abgegeben, das sind 12 Prozent ungültige Stimmen. Bei jeder Wahl werden ungültige Stimmen abgegeben, aber keine 12 Prozent, sondern höchstens 1 bis 2 Prozent. Diese große Zahl der ungültigen Stimmen zum Senat kommt einem halben Mandat gleich, die die Opposition zugunsten der Sanacja eingebüßt hat.

Zum Schlesischen Sejm liegen die Dinge noch viel ungünstiger für die Oppositionsparteien. Im Wahlkreise 1 (Teschen-Bielitz-Pleß-Rybnik) zum Schlesischen Sejm wurden 24 146 Stimmen ungültig erklärt. Im Wahlkreise 2 (Kattowitz) wurden 17 711 Stimmen ungültig erklärt und im Wahlkreise 3 (Königshütte-Schwientochlowitz-Tarnowitz und Lublinitz) wurden 18 980 Stimmen ungültig erklärt. Insgesamt wurden in allen 3 Wahlkreisen 60 850 Stimmen für ungültig erklärt, oder 12 Prozent der abgegebenen Stimmen überhaupt, die für die Opposition verloren gingen. 60 000 Stimmen, das sind 6 Mandate, die die Opposition eingebüßt hat, die der Sanacja zu Gute kamen. Im Sanacjalager weiß man sich zu helfen und daß man sich geholfen hat, geht aus der obigen Aufstellung hervor.

Es ist noch ein Umstand, auf den wir hier hinweisen wollen und das ist die Wahlbeteiligung. Am 11. Mai d. Js., als wir den 2. Schlesischen Sejm gewählt haben, betrug die Wahlbeteiligung 94 Prozent. Die schlesische Bevölkerung nimmt an allen Wahlen einen sehr regen Anteil. Das ist allgemein bekannt. An dem genannten Tage haben in manchen Gemeinden bis zu 98 Prozent der wahlberechtigten Personen der Wahlpflicht genügt. Am 23. November war die Wahlbeteiligung viel schwächer, denn von den wahlberechtigten Personen haben nur 86 Prozent abgestimmt. 40 000 Wähler sind den Wahlen ferngeblieben und warum sie ferngeblieben sind, das brauchen wir kaum besonders hervorzuheben. Die Aufständischen haben ganz gut gewußt, warum sie ihre „Strafexpeditionen" veranstaltet haben. Die Wähler waren sehr eingeschüchtert und trauten sich nicht, die Wohnungen zu verlassen. Auf diese Art gingen der Opposition ebenfalls 3 Mandate verloren. Die Sanacja mußte „siegen" und sie hat auch „gesiegt", man muß sich nur wundern, daß ihr „Sieg" so mager ausgefallen ist.

Wir haben vergeblich nach den Ursachen unter verschiedenen Mitarbeitern des P. geforscht, alle sprechen ihm das beste Zeugnis aus, welches auch nicht von den Vorgesetzten versagt wird.

Schließlich haben wir uns daran erinnert, daß der Fördermaschinist P. Vertrauensmann in der Wahlkommission seitens der deutschen Wahlgemeinschaft war und seine Kinder in die Minderheitsschule geschickt hat. Nachdem seine Kinder sich im deutsch-sozialistischem Sinne betätigen, kann man verstehen, wo der Hund begraben liegt. Genosse Pielorz ist offensichtlich ein Opfer seiner Gesinnung, weil er sich bei Gelegenheit sehr entschieden gegen gewisse Wahlmethoden ausgesprochen hat.

Es interessiert uns nur eines, zu erfahren, wieso möglich ist, daß die Aufständischen Kosyra und Kowalski und der Sanatoren-Schmied Musiol schon etwa drei Tage vorher gewußt haben, daß es in der polnischen Republik unhaltbar ist, daß ein „German" Fördermaschinist sein darf. Die guten Patrioten haben also von der Qualifikationsentziehung schon drei Tage vorher gewußt, als die Verwaltung und der Beteiligte selbst!

Aber vor der Verfassung ist jeder polnische Büger gleich! Wer zweifelt daran?

Sanacjadeutsche von Aufständischen verprügelt und vertrieben

In der Wojewodschaft besteht ein deutscher „Kultur- und Wirtschaftsbund", welcher vom Herrn Grzesik gegründet wurde. Der „Kultur- und Wirtschaftsbund" wollte in Friedenshütte eine Theatervorstellung am vergangenen Freitag veranstalten. Als die Vorstellung beginnen sollte, drangen die Aufständischen in den Saal hinein und jagten die Theaterbesucher auseinander. wobei mancher treue Sanacjadeutsche einen ordentlichen Hieb erhielt. Die Theaterbesucher verlangten ihr Geld zurück. Inzwischen haben die Aufständischen ihren Irrtum eingesehen, aber es war zu spät gewesen, denn niemand traute sich mehr in den Saal hereinzugehen. Alle hatten schon die Nase voll von der Sanacjavorstellung.

„Die letzte Mahnung"

Vor den Sonntagswahlen wurden an die deutschen Wähler massenhaft Drohbriefe versendet, die in jeder Hnsicht unflätig waren. Die „Polonia" teilt mit, daß der Verfasser dieser Briefe ein gewisser Sieron, ein Eisenbahnbeamter in der Bahndirektion war. Diese gemeinen Wische haben selbst Anhänger des Korfantyblocks erhalten. 1000 Stück dieser Mahnungen haben besoffene Eisenbahner in einem Kattowitzer Gasthaus liegen lassen, die dann im Abort für gewisse Zwecke aufgehängt wurden. Sie hängen dort noch heute und alle Besucher dieser Stelle können die „letzte Mahnung" immer noch lesen. Sie lautet: „Die letzte Mahnung! Du „pierunski" Verräter unseres Vaterlandes! Du hast deine Stimme für die Germanenliste abgegeben. Wir wissen das ganz gut, du Donnerwetter. Wenn du am Sonntag, den 23. November deine Stimme nicht öffentlich für die polnische Liste abgeben wirst, so packe deine Sachen mit der Familie zusammen nach dem Vaterlande. Wir sagen dir das „pierunisch", daß du so wirst machen müssen, falls du dich bei der Sonntagswahl verstecken solltest. Bleibe lieber zu Hause sitzen oder fahre nach Beuthen Kißling trinken und stänke uns nicht in die Wahlurne hinein. Du frißt das polnische Brot und stimme du Donnerwetter für Polen und verrate es nicht, du Cholera und Stänker. Der der dich gesehen hat."

So lauten diese ekelhaften Wische, die da gegenwärtig praktische Verwendung gefunden haben. Wir sind nun neugierig, wer diesen Mist finanziert hat, denn daß der Sieron sie aus eigener Tasche nicht bezahlt hat, das ist sicher.

Kohlenzuwendungen an Grubeninvaliden und Witwen

Nach einem Rundschreiben des Schlesischen Wojewodschaftsamtes werden in diesem Jahre die Grubeninvaliden und Witwen, welche innerhalb der Wojewodschaft Schlesien wohnhaft sind, mit außerordentlichen Kohlenzuwendungen bedacht. Für diese Zwecke wurde seitens des Wojewodschaftsamtes ein besonderer Fonds errichtet. Das Kohlenquantum beträgt für Grubeninvaliden 1 Tonne und für Witwen eine halbe Tonne. Die Hälfte des Kohlenpreises haben die Kohlenempfänger selbst zu tragen. Die interessierten Personen haben entsprechende Gesuche an die zuständigen Magistrate oder an die jeweiligen Gemeindeämter einzureichen. Den Gesuchen sind die fraglichen Rentendokumente beizufügen, aus welchen zu entnehmen ist, daß der Antragsteller durch den Knappschaftsverein in Tarnowitz eine entsprechende Invalidenrente empfängt und dort als Mitglied vornotiert ist. Beim Empfang des Talons haben die Invaliden bezw. Witwen sofort die Hälfte des Kohlenpreises an die Magistrate oder an die Gemeindeämter einzuzahlen. y.

Vorübergehende Beihilfen an Kurzarbeiter

Im „Monitor Polski" wurde eine neue Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums veröffentlicht, wonach an die nur teilweise zur Arbeit herangezogenen Arbeiter Unterstützungen gewährt werden. Diese Verordnung erstreckt sich auf Arbeiter, die in der Laura-, Bismarck-, Falva-, Hubertus-, Martha-, Baildon-, Königshütte, ferner Silesia-, sowie Hohenlohehütte, dann in der Rybniker Maschinenfabrik, in der Fitznerschen Schrauben- und Nietenfabrik und in der Godullagrube in Chebce beschäftigt werden. Der wöchentliche Schichtlohn bei der augenblicklichen Produktionseinschränkung darf jedoch den Verdienst von 1 bis 2 Tagen bei voller Erzeugung nicht überschreiten. Die Unterstützung ererfolgt nach dem Erwerbslosenfürsorgegesetz vom 18. Juli 1924. Anspruch auf eine solche Beihilfe haben die von der Verordnung erfaßten Arbeiter, und zwar nachträglich für die Zeit vom 1. bis 30. November d. J. Die Auszahlung der Unterstützungssätze erfolgt durch den Arbeitslosenfonds.

Wie reich sind wir?

Polen steht bei der Erreichung der Volksvermögen aller Staaten unter diesen an 9. Stelle. Am reichsten ist Nordamerika mit 320 904 000 000 Dollar = 1 Billion 283 Milliarden 900 Millionen Zloty rund. England ist weniger reich und verfügt über 120 Milliarden Dollar, was aber immer noch zu ertragen wäre. Darauf folgen Frankreich, Rußland (in Vorkriegszeiten), Deutschland, Italien, Japan und Kanada. Polen hat ein Volksvermögen von 15 Milliarden Dollar oder rund 122 Milliarden Zloty. Alle anderen Länder, wie Argentinien, Belgien, Australien, Tschechien, Dänemark, Lettland, Rumänien und Ungarn sind bedeutend ärmer als Polen. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ist der Pole sechsmal ärmer als der Amerikaner, bei dem auf den Kopf der Bevölkerung 3035 Dollar entfallen, beim Polen dagegen nur 517 Dollar. Der Engländer ist fünfmal vermögender als der Pole, der Franzose 4¼mal, der Deutsche 2½mal und der Däne zweimal. R. B.

Genossin Kowoll wegen „Gotteslästerung" vor Gericht

Genossin Kowoll, die Leiterin und Vorsitzende der „Arbeiterwohlfahrt", wurde von der Ortsgruppe Kostuchna Anfang Februar zu einem Vortrag über Aufgabe und Ziel der Organisation aufgefordert, welchem Wunsche sie auch nachkam. Leider war das von uns stets innegehabte Vereinslokal vergeben, so daß die Versammlung in einer Privatwohnung stattfinden mußte. Im Verlauf des Vortrages ging die Genossin Kowoll auch auf den Begräbnisvorfall des Genossen Kubitzek ein und erklärte, daß die Pfarrer keine Gelegenheit zum Einschreiten gegen rote Schleifen und Fahnen hätten, wenn in Oberschlesien Kommunalfriedhöfe bestehen würden. Im Uebrigen ist die Religion Privatsache des Einzelnen und man müsse als Sozialist vor allem verurteilen, wenn die Religion zum Parteistreit wird, wie es um diese Zeit in Rußland der Fall war. Ueber diesen Vortrag erhielt nun die Polizei irgend einen Konfidentenbericht, der zur Vernehmung verschiedener Genossinnen und Genossen und schließlich zur Anklageerhebung gegen die Genossin Kowoll wegen Gotteslästerung führte.

Vor dem „Sond Grocki" hatte sich nun gestern die Genossin Kowoll zu verantworten, weil sie angeblich die religiösen Gefühle von Katholiken verächtlich gemacht habe, bezw. die Religion beschimpft haben soll. Zu ihrer Verteidigung schilderte Genossin Kowoll den Inhalt des oben angeführten Vortrages aus und bestritt entschieden, die Religion herabgesetzt oder beschimpft zu haben, weil dies erstens nicht in den Rahmen des Vortrags gehöre und außerdem die Sozialdemokratie grundsätzlich den Standpunkt vertrete, daß Religion Privatsache des einzelnen Mitgliedes sei, der bei seiner Aufnahme nach seiner Konfession nicht befragt werde. Sie habe wohl im ablehnenden Sinne über Rußland gesprochen und auch auf die Vorkommnisse bei der Beerdigung des Genossen Kubitzek verwiesen, aber nur im aufklärenden Sinne. Eine Gotteslästerung, im Sinne der Anklage, habe sie nicht begangen und müsse jede Schuld von sich weisen.

Bei der Beweisaufnahme gab die Zeugin Sollorz an, daß sie bei dem Vortrag zugegen gewesen sei, sich aber nicht beleidigt gefühlt habe, die Angeklagte habe wohl gesagt, daß die Beichte „Mumpitz" sei, und daß man die Kinder auch später, wenn sie älter wären, taufen lassen könne. Sie habe die Religion als Privatsache erklärt, aber mit ihren Ausführungen keine öffentlichen Aergernisse erregt. Aus der „Arbeiterwohlfahrt" sei sie wieder ausgetreten, nachdem sie Geschäftsfrau sei und ihr Mann sie belehrte, daß die Zugehörigkeit zu den „Roten" das Geschäft schädige. Im ähnlichen Sinne sprachen sich auch die weiteren Zeugen Bartel und Pohl aus, die in der Diskussion auf die Ausführungen der Angeklagten nicht geantwortet haben, weil sie in den Ausführungen kein Aergernis sahen. Der Zeuge Fitzke bestätigt, daß er als Katholik die Ausführungen der Genossin Kowoll nur unterstreichen könne, eine Beleidigung der Religion habe er nicht erblicken können und seiner Frau, die streng religiös sei, haben die Ausführungen der Rednerin sehr gefallen. Seine Frau und er hätten entschieden dagegen protestiert, wenn man ihnen zugemutet hätte, daß sie die Kinder nicht taufen, nicht zur Kommunion schicken und etwa Heiligenbilder von den Wänden abnehmen sollten.

Hierauf verzichtete das Gericht auf eine weitere Beweisaufnahme und der Staatsanwalt plädiert für Freispruch, nachdem durch die Ausführungen der Angeklagten kein öffentliches Aergernis erregt worden sei. Der Verteidiger Dr. Baj schloß sich dem Antrage des Staatsanwalts an und das Gericht beschloß hierauf ein Urteil auf Freispruch und Tragung der Kosten aus der Staatskasse.

Kattowitz und Umgebung

Magistrat und Beschäftigungslose.

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die Frage der produktiven Arbeitslosenfürsorge für die Erwerbslosen, hauptsächlich jetzt, wo es doch darum geht, wichtige und notwendige Anschaffungen für den Winter zu machen. Jede sich bietende Gelegenheit zur Arbeit wird vor allem von den verheirateten Beschäftigungslosen mit Eifer wahrgenommen, um durch einen entsprechenden Verdienst sich wieder einigermaßen aus dem Elend herauszuhelfen.

Wie festgestellt werden konnte, werden zunächst seitens der städtischen Gartenbauverwaltung beim Magistrat Kattowitz trotz vorgerückter Jahreszeit einer größeren Anzahl von Beschäftigungslosen noch immer Arbeitsmöglichkeiten geboten. So lange die Witterung es noch gestattet, wird an Erd- bezw. Planierungsarbeiten in den Grünanlagen im Bereich von Groß-Kattowitz gearbeitet, um solche Arbeitslose möglichst lange produktiv beschäftigen zu können. Gleichzeitig wird für das kommende Frühjahr die erforderliche Vorarbeit geleistet. So wird sowohl in den Grünflächen der Altstadt, als auch der Vororte von Kattowitz tüchtig gebuddelt, und zwar führen dort Arbeitslose unter Leitung von bewährtem Fachpersonal die ihnen angewiesenen Arbeiten aus. Gearbeitet wird auch auf dem, am südlichen Teil des Südparks gelegenen Terrain, auf dem sich ehemals der sogenannte „Pulverberg" befand. Dort werden die Planierungsarbeiten ausgeführt, und zwar geschieht dies im Zusammenhang mit der Errichtung des projektierten Tierzwingers, welcher auf diesem Gelände geschaffen werden soll. Aehnlich, wie seitens der städtischen Gartenbauabteilung, werden auch durch das städtische Tiefbauamt Arbeitslose beschäftigt. Es ist darauf bereits hingewiesen worden, daß die notwendigen Wege- und Straßenbauarbeiten, vorwiegend in den eingemeindeten Ortschaften durch Arbeitslose zur Ausführung gelangen. Wie es heißt, beträgt die Anzahl der Arbeitslosen, die durch diese beiden städtischen Abteilungen immer noch beschäftigt werden, zusammen einige Hundert Mann. Vorwiegend handelt es sich hierbei um verheiratete Personen. Erst kürzlich wieder ist seitens des Magistrats für die weitere produktive Arbeitslosenfürsorge eine Summe von 64 000 Zloty auf der letzten Sitzung bereitgestellt worden. Es wäre sehr wünschenswert, wenn auch die Wojewodschaft weitere, namhafte Geldbeträge, für diesen Zweck zur Verfügung stellen wollte, da einem beträchtlichen Teil von Arbeitslosen durch Zuweisung solcher Arbeiten weit mehr gedient wird, als die verhältnismäßig geringen, in keiner Weise für den Lebensunterhalt ausreichenden Beihilfen. Y.

Schwerer Verkehrsunfall. Auf der ulica 3-go Maja wurde von einem Auto die 66jährige Veronika Szybke aus Zalenze erfaßt, zu Boden geschleudert und erheblich verletzt. Die Verunglückte erlitt einen Schlüsselbeinbruch, sowie Verletzungen am Körper. Es erfolgte ihre Ueberführung in das städtische Spital Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest. x.

350 Kilogramm Nüsse gestohlen. Am 21. d. Mts. wurde auf dem Rangierbahnhof ein Waggondiebstahl verübt. Die Täter entfernten gewaltsam die Plombe und stahlen aus dem Waggon insgesamt 350 Kilogramm Nüsse. Vor Ankauf wird polizeilicherseits gewarnt. Die Polizei hat sofort die Untersuchungen in dieser Angelegenheit eingeleitet, um der Täter habhaft zu werden x.

Noch ein Waggondiebstahl. Von unbekannten Tätern wurde in der Zeit vom 21. d. Mts. auf dem toten Gleis am Bahnhof ein Güterwaggon gewaltsam erbrochen und aus demselben 6 Fässer, enthaltend Aepfel, gestohlen. Der Wert der gestohlenen Aepfel wird auf 600 Zloty geschätzt. Auch in diesem Falle warnt die Polizei vor Ankauf. Die Diebe konnten z. Zt. nicht ermittelt werden. x.

Domb. (Er versuchte Selbstmord zu begehen.) Ein gewisser Johann Kühnel aus Beuthen versuchte in der Wohnung der Hedwig A. im Stadtteil Domb, Selbstmord zu begehen und zwar durch Einnahme von Essigessenz. Not soll das Motiv zur Tat gewesen sein. Der Lebensmüde wurde in das städtische Krankenhaus eingeliefert. x.

Eichenau. (Vor der Auflösung der Gemeinde Eichenau?) In Verbindung mit dem Zusammenschluß der Gemeinden Rosdzin-Schoppinitz, der am 1. Dezember d. J. erfolgen wird, ist von behördlicher Seite die Auflösung der Gemeinde Eichenau erörtert worden. Nach dem bestehenden Projekt kommen zwei Möglichkeiten in Frage. So soll der eine Teil von Eichenau mit Bahnhof, Kirche, also der nördliche Teil von Eichenau, an Siemianowitz, und der südliche Teil (Burowietz) mit Walter-Kronekhütte, an Rosdzin-Schoppinitz eingemeindet werden. Nach einem zweiten Projekt wird geplant die gesamte Gemeinde Eichenau an Rosdzin-Schoppinitz anzuschließen. Ein definitiver Entscheid der Aufsichtsbehörde ist in dieser Richtung noch nicht gefällt. —h.

Königshütte und Umgebung

Deutsches Theater. Donnerstag, den 27. November, abends 8 Uhr: „Der Zigeunerbaron", Operette von J. Strauß. Kassenstunden von 10 bis 13 und 16,30 bis 18,30 Uhr. — Sonntag, den 30. November, nachmittags 4,45 Uhr: „Samson", Oratorium von Händel für Soli, Chor und Orchester. — Chorvereinigung Karten zu 3, 4, 5 und 6 Zloty an der Theaterkasse und in der Buchhandlung Paul Gaertner. Stehplätze zu 2 Zloty sind nur an der Abendkasse erhältlich. Textbücher 80 Groschen.

Eine Sammelwoche für die Armen der Stadt. In der Zeit vom 26. November bis zum 3. Dezember findet in der Stadt eine Sammelwoche für die Armen der Stadt statt. Das Komitee bittet die Bürgerschaft, entbehrliche Kleidungsstücke usw., Naturalien und Geld zu spenden. Die Einsammlung der Geschenke erfolgt durch Feuerwehrleute der Stadt, Geldspenden können bei den Bezirksvorstehern und in der Stadtsparkasse gegen Quittung hinterlegt werden. Das Komitee bittet die Bürgerschaft, die Aktion durch reichliche Spenden zu unterstützen. m.

Vom Arbeitsmarkt. Nach einer Aufstellung des Arbeitslosenamtes Königshütte waren im vergangenen Monat 4 816 Personen aus der Stadt um eine Beschäftigung nachgegangen. Davon waren 4 117 Männer und 699 Frauen. Es entfielen auf den Bergbau 753 Personen, Hüttenwesen 608, Metallhütten 526, Baugewerbe 316, Holzgewerbe 57, unqualifizierte Arbeiter 1 704, darunter 361 Frauen, Dienstpersonal 205, Büroarbeiter 147, Techniker 38, andere 59, jugendliche Arbeiter 147, andere Berufe 252. An offenen Stellen wurden nur 754 gemeldet. Aus der Registrierliste wurden infolge Eintritts in die Beschäftigung, Sterbefälle usw. 919 Personen gestrichen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug 3 897, darunter 578 weibliche Personen. Durch die Einstellung verschiedener öffentlicher Arbeiten hatte sich die Arbeitslosenzahl in diesem Monat um ein wesentliches erhöht. m.

Gefährliche Stellen. Bei verschiedenen Häusern sind die Kellerfenster und Kelleroberlichte eingefallen oder sie befinden sich in großer Unordnung. Zum Teil sind überhaupt keine Schutzgitter vorhanden, so daß die an solchen Häusern Vorbeigehenden der Gefahr ausgesetzt sind, in die Oberlichte hineinzufallen und sich zu verletzen. Nach den baupolizeilichen Vorschriften sind die Hausbesitzer zur Instandsetzung der Schäden verpflichtet. m.

Anderweitige Abholung von Kohle. Nach einer Mitteilung der Verwaltung der Skarboferme wird die verbilligte Kohle an die Invaliden und Witwen nicht auf dem Bahnschacht, sondern auf dem Ostfeld (Krugschächte) ausgegeben. Da die Bezahlungsscheine mit dem 1. Dezember ihre Gültigkeit verlieren, so werden die Interessenten ersucht, die vorgeschriebenen Termine einzuhalten, da spätere Anforderungen keine Berücksichtigung finden. m.

Wer sind die Verlierer? Bei der Polizei übergab Peter Dziuba von der ulica Wolnosci 76 einen auf der ulica Gimnazjalna gefundenen Geldbetrag von 100 Zloty, ferner Angela Specht von der ulica Stabika 1 einen auf dem Wege zwischen Königshütte und Chorzow gefundenen goldenen Trauring mit der Eingravierung L. W. 24. 4. 1924. Genannte Fundgegenstände können in der Polizeidirektion, Zimmer 14, von den Eigentümern in Empfang genommen werden. m.

Ein frecher Raub. Bei der Polizei brachte Mauryey Sukmann zur Anzeige, daß er am Sonnabend gegen 9 Uhr abends in der Hauseinfahrt des Grundstücks ulica Jagiellonska 3 von einem unbekannten Mann angehalten und mit Vorhaltung eines Revolvers zur Herausgabe eines Pakets, in dem sich Schuhe befanden, gezwungen. Nachdem der Täter sein Vorhaben ausgeführt hatte, flüchtete er in die ulica Gimnazjalna und entkam unerkannt. Der Beschreibung nach ist der Täter etwa 28 Jahre alt, von mittlerer Größe und trug einen dunklen Mantel und schwarzen Hut. m.

Eine heftige Detonation. In der Kaffeebrennerei der Firma Rose und Ska. an der ulica Mickiewicza 20 erfolgte infolge starker Ansammlung von Gasen eine Explosion, die weit hörbar wurde. Die in dem Hause wohnende Mieterin Michatz erschrak derart, daß sie schwer krank darniederliegt. Sachschaden ist nicht entstanden. m.

Wem gehören die Hufeisen? Die Polizei hatte einen gewissen P. K. angehalten, weil er bei sich 300 Stück Hufeisen führte und über die Herkunft derselben sich nicht ausweisen konnte. Die beschlagnahmten Hufeisen scheinen von einem Diebstahl herzurühren. m.

Selbstversorger. In der Nacht drangen unbekannte Täter in das Geschäft der Frau Margarethe Scholtyssek an der ulica 3-go Maja 100 ein, entwendeten mehrere Schock Eier, 50 Tafeln Schokolade, 20 Kilogramm Wurst, sowie andere Lebensmittel im Werte von 500 Zloty und verschwanden in unbekannter Richtung. m.

Siemianowitz

Gemeindevertretersitzung. Am Freitag findet die nächste Gemeindevertretersitzung statt, die sechs Punkte auf der Tagesordnung enthält. Wichtig ist die Erhöhung der Schnapssteuer um 50 Prozent, welche einstmals herabgesetzt wurde. Wir haben in einem Artikel besonders bemerkt, daß man den Gastwirten die dauernd am Hungertuche zu leiden denken, ein Geschenk von 10 000 Zloty gemacht, welches sich auf die Allgemeinheit absolut nicht ausgewirkt hatte. Diese Revision kommt allerdings etwas verspätet. So, wie wir den Bürgermeister kennen, war er bestimmt nicht für die Herabsetzung dieser Steuer, welche nur ein Geschenk für die immer „notleidenden" Gastwirte gewesen ist, die vor lauter Hunger sich Häuser kaufen können. Richtig wäre es, die Steuer für die Dauer eines Jahres um 100 Prozent zu erhöhen, um das Versäumte nachzuholen. Ferner sollen die Gemeindearbeiter mit einer Weihnachtgratifikation bedacht werden. Die Weihnachtseinbescherung für die Urzendnikes steht nicht auf der Tagesordnung, parallel des Weihnachtsgeschenkes der Wojewodschaftsbeamten.

Myslowitz

Drohbriefe, eingeschlagene Fensterscheiben und Gewalttätigkeit.

Um die Bevölkerung noch weiterhin mürbe zu machen, sind von den Ortsgruppen der „Aufständischen" in verschiedenen Orten am vergangenen Sonnabend Terrorakte verübt worden. In Myslowitz erhielten alle mutmaßlichen Angehörigen der deutschen Minderheit Drohbriefe, die eine auf gewöhnlichem Zeitungspapier gedruckte Aufmerksamkeit enthielten, wie das, daß bei den letzten Wahlen im Jahre 1928 und bei den Gemeindevertreterwahlen von der mit dem Drohbriefe bedachten Person Agitation für die deutsche Fraktion betrieben worden sei, daß die Person für die deutschen Listen abgestimmt hätte, und daß für die jetzige Wahl die Person beobachtet wird und öffentlich für die heilige „Jedynka" zu stimmen hat, andernfalls es sehr böse werden dürfte. Das sowieso. Honig wird uns auch die „Jedynka" nicht geben. In Rosdzin-Schoppinitz sind ähnliche Drohbriefe verschickt worden, für die der „Zwionzek Powstancow Slonskich" zeichnet.

Daneben wurden beim Vorsitzenden der deutschen Fraktion in Rosdzin, Fabrikbesitzer E. Jakobsen, von „unbekannten" Tätern mehrere Fensterscheiben eingeschlagen. Einige „unbekannte" Helden drangen in das Geschäfts des Bäckermeisters Rotter, der als Gemeindevertreter von seiten der deutschen Minderheit im Schoppinitzer Gemeindeparlament tätig ist, ein und bedrohten ihn sowie seine Töchter.

In Janow fanden einige Gemeindevertreter der deutschen Minderheit am Wahlsonntag die Fenster ihrer Wohnungen mit „Sanacja"-Plakaten verklebt. Eine feine Sache. Erinnert an die Papierfetzen, welche die lieben Brüder von Irgendwo mit sich brachten, um diese als Gardinenersatz in die Fenster der Wohnungen zu hängen. Was soll man darum von ihnen anderes verlangen. Jeder aufrichtig denkende polnische Staatsbürger schämt sich heute für diese Kulturtaten derjenigen, die durch den Terror das beste Zeugnis für ihre „Kultur" abgegeben haben. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Elend trieb ihn in den Tod.

Der 53jährige Schlosser Johann Ossadnik von der Gorna 58 in Paulsdorf wurde in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. O. beging die Tat, da es ihm an den notwendigen Mitteln für den Lebensunterhalt fehlte. x.

Ein Grubenfeuerwehrmann erstickt. Auf eine bisher noch nicht geklärte Weise kam der Grubenfeuerwehrmann Simon Plawetzki in dem Magazin der Deutschlandgrube, woselbst Rettungsapparate aufbewahrt werden, durch Ersticken zu Tode. Der Tote ist in die Leichenhalle geschafft worden. Weitere polizeiliche Untersuchungen sind im Gange, um festzustellen, ob Fahrlässigkeit von dritter Seite vorgelegen hat. x.

Bismarckhütte. (Selbstmord des Bismarckhütter Postdefraudanten.) Ein gewisser Paul Pustelnik in Bismarckhütte erstattete bei der Polizei darüber Meldung, daß er in der Laube seines Schrebergartens einen Toten aufgefunden habe. Die Polizei fand sich in Begleitung eines Arztes am Tatort ein. Die Feststellungen ergaben, daß es sich bei dem aufgefundenen Toten um den Postdefraudanten Josef Paluch handelte, der am 20. d. Mts. nach Vornahme der Veruntreuung geflüchtet ist. Es liegt Vergiftungstod vor. Man schaffte den Toten nach der Leichenhalle. x.

Bismarckhütte. (Wohnung in Brand gesteckt, — um die Verhaftung zu vereiteln.) Auf einem absurden Einfall kam ein gewisser Karl M. aus Bismarckhütte, dessen Arretierung durch Polizeibeamte erfolgen sollte. Er verschloß sich in der Wohnung und setzte einen Strohsack, sowie einen Teil der Möbel in Brand. Dichte Rauchwolken schlugen aus der Wohnung. M. versuchte auf solche Weise, die Verhaftung zu vereiteln, war jedoch irriger Ansicht, da die Polizei gewaltsam eindrang und den Häftling herausholte. u.

Tarnowitz und Umgebung

Zusammenprall zwischen Auto und Radler. Auf der Chaussee zwischen Naklo und Tarnowitz prallte ein Lastauto gegen den Radfahrer Anton Flak aus der Ortschaft Kozla-Göre so heftig, daß der Radler zu Fall kam und schwere Verletzungen erlitt. Es erfolgte seine Ueberführung in das dortige Spital. Schuld an dem Verkehrsunfall trägt der Verunglückte selbst, welcher ein unvorschriftsmäßiges Fahrtempo eingeschlagen hatte. x.

Lublinitz und Umgebung

Kochcice. (Drei Fahrräder können abgeholt werden.) Die Kriminalpolizei teilt mit, daß bei der Polizeistelle in der Ortschaft Kochcice drei Fahrräder, welche von Diebstählen herrühren, unterstellt wurden. Es handelt sich um 1 Fahrrad, Marke „Sultan" Nr. 777 592, 1 Herrenfahrrad, ohne Nummer, ohne Marke mit der Aufschrift „Wittler", sowie 1 Damenfahrrad ohne Marke, unterhalb des Sitzes die Nummer 734 301 und auf der Bereifung die Aufschrift „Hutschinson Cord" aufweisend. Eigentümer können dort ihre Ansprüche geltend machen. x.

Dem Andenken einer braven Frau

Zum 20. Todestage Julie Bebels

Ende November jährt es sich zum zwanzigsten Male, daß Julie Bebel die Augen für immer schloß. Der hier folgende Aufsatz soll sie der Nachwelt ins Gedächtnis rufen.

Julie Bebel besaß Eigenschaften, die aus ihr mehr machten, als nur die stets liebevolle, hingebende und opferwillige Gattin. Vor allem besaß sie Verständnis für die hohe Aufgabe und für die idealen Ziele, in deren Dienst ihr Mann sein Leben gestellt hatte. Nie hat Bebel unter den Klagen zu leiden gehabt, mit denen so manche Frauen unseren kämpfenden Genossen das Zuhause vergällen, wenn sie nicht einsehen wollen, daß Partei und Politik eben den ganzen Mann erfordern, soll er auf seinem Posten etwas Tüchtiges leisten. Bis ins Alter hat sie sich jene sonnige Heiterkeit bewahrt, die ihr in der Jugend eigen war und die wohl auch den vierundzwanzigjährigen Bebel bezaubert und zu ihr hingezogen hat.

Im Leipziger Arbeitergesangverein hatte er die junge, fröhliche Putzmacherin kennengelernt. Bebel erzählt, daß er, wie alle, die nicht singen können, dort ersten Baß gesungen habe. Julie aber konnte singen, denn Musik war und blieb ihre Leidenschaft. Für sie gab es nichts Höheres als Konzerte oder Oper und oft erzählte sie mir, daß sie auch in schlimmen Tagen ihren letzten Groschen gegeben habe, um berühmte Sänger oder Sängerinnen zu hören.

Zwei Jahre mußte das Brautpaar warten, ehe es den eigenen Hausstand gründen konnte. Im Jahre 1866 heirateten sie und im Januar 1869 wurde dem jungen Paar sein erstes und einziges Kind geboren, das zu einer Quelle des Glückes und des Trostes für Julie Bebel werden sollte, in den vielen einsamen und schweren Stunden, die das Schicksal für sie noch bereithielt.

Die ersten Ehejahre hatten einen harten Kampf um eine kümmerliche Existenz bedeutet. Um heiraten und sich als selbständiger Drechslermeister etablieren zu können, hatte Bebel Schulden machen müssen, eine Handlung, die seinem ordnungsliebenden Charakter sehr zuwiderlief. Das Elend der Kleinmeisterei lernte das Ehepaar gründlich kennen, um so mehr, als der junge Meister durch seine politische Tätigkeit der Berufsarbeit dauernd entzogen wurde. War er doch schon im Februar 1867 in den Reichstag gewählt worden. Erst die nach dem Krieg von 1870/71 einsetzende wirtschaftliche Prosperität machte der ärgsten finanziellen Misere ein vorläufiges Ende. Dafür aber stellten sich andere Schicksalsschläge ein. Schon 1869 hatte Bebel zum erstenmal wegen Verbreitung staatsgefährlicher Lehren auf drei Wochen ins Gefängnis gemußt. Man muß sich vorstellen, wie dieses Ereignis auf das Gemüt des harmlosen jungen Weibes gewirkt haben mag. Diesem ersten Schrecken sollte jedoch bald ein viel heftigerer folgen.

Die Zeit der Gefängnisstrafen.

Die Haltung Bebels und Wilhelm Liebknechts während des deutsch-französischen Krieges, vor allem die Tatsache, daß sich die Beiden bei den Abstimmungen über die Bewilligung der Kriegskredite der Stimme enthielten, hatte den ganzen Furor teutonicus gegen sie entflammt. Bebel schildert in seinen Lebenserinnerungen die Szene im deutschen Reichstag, als er zu der Forderung weiterer Geldbewilligungen das Wort nahm: „Meine Rede war nicht lang, aber sie erweckte einen Sturm, wie ich ihn seitdem nie wieder mit einer Rede hervorrief . . . Es regnete Unterbrechungen . . . und als ich dann auf die traurige Rolle hinwies, die die deutsche Kapitalistenklasse bei der ersten Kriegsanleihe gespielt hatte und wie ganz anders die französische Bourgeoisie sich dagegen im gleichen Fall benommen habe, brach vollends der Sturm los. Ein großer Teil des Hauses hatte einen förmlichen Tobsuchtsanfall; man überschüttete uns mit Schimpfworten der gröbsten Art, Dutzende von Mitgliedern drangen mit erhobenen Fäusten auf uns ein und drohten uns hinauszuwerfen. Viele Minuten lang konnte ich nicht zum Worte kommen . . .“

Der Lohn für diese Missetaten ließ nicht lange auf sich warten. Am 11. Dezember 1870 war der Reichstag geschlossen worden, am 15. Dezember hatten Bebel und Liebknecht in Leipzig in einer Massenversammlung Bericht über die Verhandlungen des Reichstages erstattet, am 16. Dezember erließ Bebel eine Erklärung im Leipziger „Volksstaat“, in der er sich gegen die Denunziationen wehrte, durch die er und Liebknecht des Landesverrates zugunsten Frankreichs bezichtigt wurden. Am 17. Dezember stürzte Julie Bebel kreidebleich zu ihrem in seiner Werkstatt arbeitenden Mann: ein Polizeibeamter sei in der Wohnung erschienen, der Bebel zu sprechen wünsche. Dieser wußte sofort, was das zu bedeuten habe. Er hatte seine Vorbereitungen getroffen und reinen Tisch gemacht, so daß der Beamte bei der nun folgenden Haussuchung nichts irgendwie Belastendes vorfand. Trotzdem wurde Bebel verhaftet und abgeführt. Hundertundzwei Tage dauerte die quälende Untersuchungshaft, während der Julie ihren Mann nur allwöchentlich einmal im Beisein des Untersuchungsrichters sprechen durfte.

Am 3. März war er, „der Hochverräter“, trotzdem er nicht selbst anwesend sein konnte, in seinem Wahlkreis Glauchau-Meerane-Bodenstein, dieses Mal als einziger Sozialdemokrat, wieder in den Reichstag gewählt worden, der am 23. März eröffnet wurde. Da Bebel erst am 28. März 1871 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, konnte er nur einige Tage zu Hause verbringen und schon am 2. April sehen wir ihn wieder in Berlin, wo er bis Ende Mai ausharren und dem Kreuzfeuer der Gegner standhalten mußte, mochte es ihn auch noch so sehr zu Weib und Kind ziehen und mochte sein Geschäft auch noch so dringend seiner Anwesenheit bedürfen. Dort hatte sich zwar Frau Julie als tüchtige Platzhalterin erwiesen, aber die nun schon so lange währende Trennung von ihrem Mann bedeutete doch eine harte Belastungsprobe für sie. Es sollte aber noch viel schlimmer kommen.

Für den 11. März 1872 war der Beginn der Schwurgerichtssession anberaumt, in der den drei „Hochverrätern“, August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner, dem damaligen zweiten Redakteur des Leipziger „Volksstaat“, der Prozeß gemacht wurde. Hepner wurde freigesprochen. Bebel und Liebknecht jedoch wurden der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig befunden und jeder zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt; zwei Monate wurden ihnen für die Untersuchungshaft angerechnet. Damals hat Julie Bebel bitterlich geweint und hat es nicht fassen können, wie ihr Mann so frivol sein konnte, zu erklären, „die Verurteilten würden mit ihren Anwälten und ihren Frauen dem Urteil zum Trotz in Auerbachs Keller eine Flasche Wein trinken gehen“. „Aber“, schreibt Bebel, „sie war tapfer und ging mit.“

Tapfer war Julie Bebel, das hat sie in diesen schlimmen Zeiten bewiesen und allgemach hat sie sich in diesem Kampf mit ungleichen Waffen, den ihr Mann führte, zu seiner tüchtigen Schildträgerin entwickelt.

Ehe Bebel die Festung Hubertusburg bezog, die er später mit der auf dem Königstein vertauschte, wurden ihm noch wegen Majestätsbeleidigung neun Monate Gefängnis aufgebrummt.

Sein Rechtsanwalt Freytag, dem das Ehepaar Bebel zeitlebens große Anhänglichkeit und Dankbarkeit bewahrte, setzte bei der sächsischen Regierung durch, daß Bebel, nachdem er die Festungshaft am 14. Mai 1874 absolviert hatte, sechs Wochen pausieren durfte, ehe er seine neunmonatige Gefängnisstrafe in Zwickau antrat. Das waren Festtage für Frau Julie und sie konnte wieder Kräfte sammeln für die neuen Schicksalsschläge, die ihr bevorstanden.

Und sie stellten sich nur allzubald ein. Kaum zwei Jahre später wurde Bebel wegen Bismarck-Beleidigung und verschiedener anderer in seinen Broschüren begangener Sünden wieder zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er teils in Plötzensee bei Berlin absolvierte, teils auf seine Bitte in Leipzig absitzen „durfte“, wo er wenigstens seine Familie nahe wußte.

Sein nun achtjähriges Töchterchen mußte zum viertenmal Weihnachten ohne den Vater feiern.

Ende Mai 1878 wurde ihr Mann ihr endlich zurückgegeben.

Unter dem Sozialistengesetz.

Inzwischen aber hatten sich aufs neue dräuende Wetterwolken über der Partei und ihren Führern zusammengezogen. Die Schüsse, die Hödel und Nobiling gegen den alten Kaiser Wilhelm abfeuerten, wollte Bismarck als willkommenen Anlaß benutzen, um der verhaßten Sozialdemokratie den Todesstreich zu versetzen. Das sollte geschehen durch das am 21. Oktober 1878 in Kraft tretende Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratische Partei — das sogenannte Sozialistengesetz.

„Bismarck mißbrauchte seinen ganzen gewaltigen Einfluß, um die Bevölkerung zum fanatischsten Haß gegen die Sozialdemokratie aufzupeitschen.“ Das gelang ihm nur zu gut in der damals herrschenden Atmosphäre. „Die Partei hieß im gegnerischen Lager nur mehr die Partei der Meuchelmörder, der Allesruinierer, die der Masse den Glauben an Gott, Königtum, Familie, Ehe und Eigentum raube.“ Dem Unternehmertum kam diese Hetze gerade recht. „Tausende und Abertausende von Arbeitern, die als Sozialdemokraten bekannt waren, flogen auf die Straße, es entstand eine Sintflut von Denunziationen, wegen wirklicher und angeblicher Majestätsbeleidigungen, und da sich der Richter auch ein förmlicher Verfolgungsparoxysmus bemächtigt hatte, so wurden Strafen von ein, zwei, drei bis zu fünf Jahren Gefängnis — der Maximalstrafe verhängt. In zwei Monaten wurden fünfhunderteinundzwanzig Personen zu rund achthundertzwölf Jahren Gefängnis verurteilt.“

Was da die Frauen der Führer zu erdulden hatten, kann man sich vorstellen. Geschmäht und angepöbelt, wohin sie kam, trug Julie Bebel dennoch immer den Kopf hoch und ließ den Mut nicht sinken. Im Gegenteil, durch ihre Festigkeit wurde sie in diesen schweren Zeiten Helferin und Stütze für manche, die vom Sturm noch ärger mitgenommen wurden, als sie selbst. Das schlimmste für die Frauen waren damals die Ausweisungen der Genossen. Durch sie wurden in jenen Jahren ungezählte Existenzen zugrunde gerichtet.

So wurden aus der Stadt Leipzig Bebel, Liebknecht und noch etwa dreißig Genossen ausgewiesen, als über Leipzig im Sommer 1881 der kleine Belagerungszustand verhängt wurde. Bebel und Liebknecht zogen nach Borsdorf, einem kleinen Nest unweit von Leipzig.

Frau Julie trat an die Spitze der mit ihr zurückgebliebenen Frauen die für die mittellosen, ausgeworfenen Parteigenossen Geld sammelten. Trotz der Hindernisse, die ihr die Polizei dabei in den Weg legte, führte sie ihr Vorhaben tapfer durch. Ueberhaupt hatte sie in jenen Tagen der neuerlichen Trennung von ihrem Mann viel durchzumachen, denn die Behörden sparten nicht mit Haussuchungen und Schikanen aller Art. Besonders als Bebel nun auch noch in den Sächsischen Landtag gewählt wurde, ließen sie ihren ohnmächtigen Zorn darüber an Frau Julie aus.

Das Jahr 1882 brachte neue Verurteilungen für Bebel, für dessen durch die rastlose politische Tätigkeit überanstrengten Körper diese Gefängnisaufenthalte trotz mancher Härten beinahe schon zu „Ferienkuren“ wurden. Am 1. November 1882 mußte er in Leipzig wieder eine vier Monate währende Haft antreten, nachdem dieses Jahr in bezug auf Prozesse ein besonders gesegnetes gewesen war. Doch alle diese mit boshaften Quälereien verbundenen Verurteilungen vermochten weder Bebels noch Frau Julies Zuversicht zu erschüttern. Diese Frau war nicht nur bei ihrem Mann in die Schule gegangen, und hatte im steten Umgang mit ihm den Enthusiasmus für den Sozialismus und den Glauben an seinen Sieg eingesogen, nein, sie hatte das richtige proletarische Empfinden schon in die Ehe mitgebracht, und der schnelle Aufstieg ihres Mannes auf der sozialen Stufenleiter hatte daran kein Jota geändert.

Und als allen Verfolgungen zum Trotz die deutsche Sozialdemokratie in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes an Stimmen von Wahl zu Wahl zunahm, so daß sie am 19. Februar 1890 einundeinehalbe Million Wähler zählte, da ward dieser felsenfeste Glaube belohnt, da triumphierten die bisher Verachteten und Geächteten über ihre Verfolger.

Tatsächlich hatte schon die Wahl vom 27. Oktober 1881 gezeigt, daß die Wucht des Sozialistengesetzes gebrochen war, denn mit dreizehn Vertretern war damals die unbesiegbare Sozialdemokratie in den Reichstag eingezogen. Zwar war Bebel nicht darunter — er war mit etwa zweihundert Stimmen in der Minderheit geblieben — aber da er im Sächsischen Landtag gewählt war, so ward die Kontinuität seiner parlamentarischen Tätigkeit durch diese Niederlage nicht unterbrochen. Im Juni 1883 kam er dann als Vertreter Hamburgs wieder in den Reichstag, in dem er bis zu seinem Tode, im Jahre 1913, ständig seinen Sitz behielt.

Uebersiedelung nach Berlin.

1890 fällt das Sozialistengesetz, und von da an beginnt heller Sonnenschein, die Schatten aus Julie Bebels Leben zu verdrängen.

Die Uebersiedelung der Familie nach Berlin leitet eine Periode des von nun ab ungestörten Zusammenlebens ein, das nur von Bebels Agitations- oder Kongreßreisen unterbrochen wird.

Bebels Stellung, schon vorher eine hochangesehene, nicht nur bei den Parteigenossen, sondern auch in allen linksgerichteten fortschrittlichen Kreisen, machten sein Haus zu einem vielbesuchten Mittelpunkt, in dem Männer von Namen, Politiker und Schriftsteller aus der ganzen Welt sich einfanden. Doch brachte dieser Umstand Frau Julie jetzt ebensowenig aus dem Gleichgewicht, wie früher die ärgste Not und die schlimmsten Verfolgungen. Mit derselben unerschütterlichen Gemütsruhe und der gleichen unversieglichen Heiterkeit wurde sie den neuen Anforderungen gerecht, die die überragende Bedeutung ihres Mannes an sie stellten. Ihr inneres Gleichgewicht wurde durch die Ehrungen, die nun im reichen Maße neben dem Manne auch ihr zuteil wurden, nicht gestört. Sie blieb stets die einfache Frau, die nie mehr scheinen wollte, als sie war, und die sich vollkommen glücklich fühlte an der Stelle, an der sie stand. Sie war die pflichttreueste Gattin und Mutter und eine tüchtige, verständige Hausfrau, von einer Gastlichkeit die das Haus Bebel mit freundlichem, wärmendem Glanz erfüllte.

Und dabei ging sie in diesem Beruf nicht auf, sondern verfolgte eifrig alle Vorgänge in der Partei, versuchte ihrem Mann, so wie früher im Geschäft, auch jetzt nach Kräften in der Erledigung seiner Korrespondenz zu helfen, die allgemach ins riesenhafte anwuchs. Mit Takt und Herzensgüte prüfte sie die unzähligen Anliegen, die täglich bei ihm vorgebracht wurden, war er doch in den Augen vieler der Erlöser und Retter aus allen Nöten. Und groß ist die Zahl derer, die sie an seinerstatt beriet und tröstete und denen sie half, soweit es ihre Mittel erlaubten. Und das geschah nicht nur auf materiellem Gebiet, nein, diese schlichte Frau vermochte sich auch in schwere, seelische Konflikte einzufühlen und bewies in solchen Fällen oft eine ganz moderne Denkungsweise, die sich frei von jeder kleinlichen Spießbürgerei hielt. War diese Sinnesart ohne Zweifel einerseits eine Frucht der Lehren, die sie aus dem berühmten Buch ihres Mannes über „Die Frau und der Sozialismus“ und aus dem Zusammenleben mit ihm gezogen hatte, so war Julie doch andererseits eine so selbständige Natur, daß sie sich unbeeinflußt und unabhängig ihre Meinung zu bilden wußte.

Bebel hielt ungemein viel auf die Ansichten seiner Frau und erkannte ihre Ebenbürtigkeit mit freudigem Stolz an. Oft sagte er zu uns, es bedeute noch lange nichts, wenn ihn seine Genossen lobten oder wenn ihm sogar seine Gegner widerwillig Anerkennung zollten, sein strengster Richter sitze zu Hause und der passe höllisch auf, daß ihm kein Lapsus passiere. Und oft, wenn er ganz vergnügt aus dem Reichstag nach Hause käme und sich einbilde, er habe dort seine Sache ganz besonders gut gemacht, sei ihm zu seinem Erstaunen von seiner Julie gründlich der Kopf gewaschen worden, die an seiner Rede das und jenes und mancherlei auszusetzen hatte. Diese Selbständigkeit des Urteils verlieh ihr auch bei all ihrer Bescheidenheit eine Sicherheit des Auftretens und eine ruhige Würde.

Wir alle, die wir das Glück jahrelangen, nahen, freundschaftlichen Verkehrs mit Julie Bebel genießen durften, brachten ihr darum nicht nur herzliche Zuneigung, sondern auch ehrlichen Respekt entgegen. Und hierzu gesellte sich das Gefühl der Dankbarkeit dafür, daß sie es war, die ihrem von uns allen geliebten und verehrten Mann stets eine behagliche Umwelt, ein glückliches Heim bereitet hatte, wo der Gehetzte von den Mühen und Plagen seiner ermüdenden Tätigkeit ausruhen, wo er die notwendige Kraft für seine Arbeit wiederfinden konnte, und wo er stets Verständnis für seine Sorgen, ein offenes Ohr für seine Klagen, ein treues Herz für Leid und Schmerzen fand.

So bleibt uns die Gestalt Julie Bebels auf immer in Erinnerung, in all ihrer Schlichtheit ein Wesen voll innerer Harmonie, und darum harmonisch wirkend auf alle, die sie kannten und liebten.



Auf der Berliner Internationalen Taubenschau

die — mit 5000 erlesenen Exemplaren beschickt — dieser Tage veranstaltet wurde, erregte ein blauer Römer mit einer Flügelspannweite von 1.05 Metern die Bewunderung aller Taubenliebhaber.

Schuldbekenntnis der Moskauer Angeklagten?

Kowno. Nach Moskauer Meldungen wurde am ersten Verhandlungstag gegen Ramsin und Genossen nach der Verlesung der Anklageschrift den Angeklagten die Frage vorgelegt, ob sie sich schuldig bekennen. Sämtliche Angeklagten hätten diese Frage bejaht und sich auch zu näheren Auskünften im Laufe der Verhandlung bereit erklärt. Gegen die Zusammensetzung des Gerichtes hätte keiner der Angeklagten Einwendungen zu machen gehabt. Während der Verhandlung wurden große Kundgebungen veranstaltet. Arbeiter zogen am Gerichtsgebäude vorbei und forderten die Todesstrafe für die Angeklagten.

Litwinow Vorsitzender des Rates der Volkskommissare?

Kowno. In Moskau verlautet, daß Außenkommissar Litwinow nach seiner Rückkehr aus dem Ausland zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion ernannt werden wird, weil Rykow nach Ablauf seines Urlaubs nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren dürfte. Litwinow soll jedoch nur dann diesen Posten übernehmen können, wenn er die Führung der Außenpolitik beibehält. Diese Frage wird von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Dezember entschieden werden.

Veränderungen im spanischen Kabinett

Madrid. Der König hat am Dienstag folgende Veränderungen im spanischen Kabinett gutgeheißen: der bisherige Verkehrsminister Matos ist an Stelle von General Marzo zum Innenminister ernannt worden. Marzo kehrt in den Militärdienst zurück. Der Justizminister Estrada übernahm das Verkehrsministerium. Zum Justizminister wurde der bisherige Unterstaatssekretär im Innenministerium, Montes Jovellar, ernannt. Die Veränderungen im Kabinett sind zum Teil auf die letzten Vorgänge im Lande zurückzuführen. Gleichzeitig können sie auch als Vorbereitung für die Wahlen angesehen werden, da das Innenministerium hierfür durch einen Politiker besetzt werden mußte.



Im Segelboot von Newyork nach den Bermuda-Inseln!

Diese abenteuerliche Fahrt, die 1300 Kilometer über den Ozean führt, wurde kürzlich von drei Neuyorker Seglern in einem Rettungsboot angetreten, dessen vollkommene Seetüchtigkeit hiermit bewiesen werden soll.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Donnerstag. 12,10: Mittagskonzert. 12,35: Konzert für die Jugend. 15,25: Aus Warschau. 16,10: Schallplatten. 17,45: Volkstümliches Konzert. 18,45: Vorträge. 20,30: Aus Warschau. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Donnerstag. 12,35: Konzert für die Jugend. 14,30: Vorträge. 16,15: Schallplatten. 17,15: Vortrag. 17,45: Kammermusik. 18,45: Vorträge. 20,30: Abendunterhaltung. 21,30: Aus Wilna. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse.
11,35: 1. Schallplattenkonzert und Reklamedienst.
12,35: Wetter.
12,55: Zeitzeichen.
13,35: Zeit, Wetter, Börse, Presse.
13,50: Zweites Schallplattenkonzert.
15,20: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht, Börse, Presse.

Donnerstag, 27. November: 9,05: Schulfunk. 12,35: Was der Landwirt wissen muß! 15,35: Musikalische Kinderstunde. 16: Das Buch des Tages: Eine neue Literaturgeschichte. 16,15: Kammermusik. 17,15: Zweiter landw. Preisbericht; anschl.: Ueber die Wirkung, welche ein Schriftsteller heute haben kann. 17,45: Konzert auf Schallplatten. 18,35: Stunde der Arbeit. 19: Wettervorhersage; anschließend: Mandolinenkonzert. 19,45: Wettervorhersage; anschließend: Beseitigung von Rundfunkstörungen. 20: Die Dichtung und die Zeit. 20,30: Abendmusik. 21,10: Blick in die Zeit. 21,35: Abendmusik. 22,20: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,40: Schlesischer Verkehrsverband. 22,50: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Chorkonzert des Arbeiter-Sängerbundes

Der Billett-Vorverkauf für unser Bundeskonzert am 30. November, nachmittags 17 Uhr, in der „Reichshalle“, ist eröffnet worden. Die Eintrittskarten sind jetzt schon zu haben im Parteibüro in Katowice, Zentral-Hotel, 2. Stock, Zimmer 23, Bahnhofstraße. Die Plätze kosten: Stehplatz 0.75 Zloty (für Mitglieder der freien Gewerkschaften 0.50), Sitzplätze zu 1.00, 1.50, 2.00 und 3.00 Zloty. Die Ortsvereine werden dringend gebeten, sich am Vorverkauf rege zu beteiligen. Insbesondere werden die Vereinsvorstände gebeten, den örtlichen Billettabsatz in einer geeigneten Form alsbald zu organisieren. Der Billettvorverkauf findet im Zimmer 23 (Parteibüro) von 10—1 Uhr mittags und nachmittags von 4—8 Uhr statt. Die Bundesleitung.

Bismarckhütte. Am Montag, den 1. Dezember 1930, abends 6½ Uhr, im Lokal Brzezina findet ein Vortrag statt. Referent Genosse Okonski.

Königshütte. Am Mittwoch, den 26. November, abends 7 Uhr, veranstaltet der Bund wiederum einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangen 2 Lustspiele, betitelt: „Auf nach Chikago“ in 2 Akten und „Ein strammer Junge“ in einem Akt. Preise der Plätze 1 Zloty, 0,75 Zloty und 0,50 Zloty. Wir bitten, vom Vorverkauf regen Gebrauch zu machen. Billete sind erhältlich im Restaurant bei Niestroj und im Bibliothekszimmer.

Versammlungskalender

Arbeiter-Sängerbund.

Die freien Sänger aus Bismarckhütte und Simianowitz proben vollzählig am Mittwoch, den 26. November, abends 7,45 Uhr in Kattowitz mit den Kattowitzer Sängern. Hierbei werden insbesondere die Gruppenchöre Simianowitz-Bismarckhütte usw. geprobt. Vollzähliges Erscheinen! Reisespesen werden zum Teil ersetzt.

Wochenplan der D. S. J. P. Kattowitz für die Zeit vom 24. bis 30. November.

Mittwoch: Leimabend.
Donnerstag: Mannschaftsabend.
Freitag: Theaterprobe.
Sonntag: Heimabend.

Werbet für die Jugend!

Berichtigung der Bezirkstour und Sonnenwende.

Dem Gauobmann ist bei Aufstellung dieser Tour ein Irrtum unterlaufen und soll hiermit richtig gestellt werden:

Am Sonntag, den 30. d. Mts., unternimmt der Verein einen Ausflug in die Wälder von Panewnik. Die Ortsgruppen sammeln sich um 9½ Uhr vormittags bei Schwertfeger. — Bei dieser Gelegenheit werden Vorbereitungen für die Wintersonnenwendfeier getroffen, wie Auskundschaftung geeigneten Geländes, Besorgung von Nachtquartier usw.

Achtung Arbeitersänger von Königshütte.

Am Freitag, den 28. November 1930, abends 7½ Uhr, findet im Volkshaus zu Krol. Huta eine Männerchorprobe statt, zu welcher alle Sangesbrüder des Arbeitersängerbundes erscheinen sollen.

Königshütte. (Maschinisten und Heizer.) Am Sonntag, den 30. November, vorm. 10 Uhr, findet im Volkshaus die fällige Mitgliederversammlung statt. Kollegen, erscheint vollzählig!

Königshütte. (D. M. V.) Am Sonntag, den 30. November, vormittags 9½ Uhr, findet im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes statt. Der Wichtigkeit wegen wird um zahlreichen Besuch gebeten.

Kostuchna. (Arbeiter-Jugend.) Am Donnerstag, den 27. November, 7½ Uhr abends, findet im Schlafhaussaal die fällige Monatsversammlung statt. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht, da wichtige Punkte zu besprechen sind.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johann Kowoll, wohnhaft in Katowice, ul. Plebiscytowa 24; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.